

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrtes Ratspräsidium,

Ich bin mir sicher, sie können es, genauso wie ich, nicht mehr hören, aber: auch die heutige Ratssitzung steht ganz **im Zeichen der Corona-Pandemie**. Wir alle, ob Politik oder Verwaltung, haben unsere ganz persönlichen Herausforderungen bewältigen müssen und stetig kommen neue dazu.

Doch bekanntlich ist jede Krise auch eine Chance. In diesem Fall sehe ich die Krise als Chance, dass endlich überall verstanden wird, welch gravierende Folgen **mangelhafte öffentliche Infrastruktur und eine fehlorientierte Stadtplanung** für unsere Stadtbevölkerung haben.

Daraus kann es nur eine Konsequenz geben: Die Kommune muss sich wieder stärker ihrer **Verantwortung für die Menschen und ihre Lebensumstände** bewusst werden. Wir müssen von vornherein gute Lebensbedingungen bieten und nicht erst handeln, wenn es zu spät ist und sozialer Schaden bereits entstanden ist. Wir müssen sicherstellen, dass allen Menschen gleichberechtigt Chancen und Räume zur Verfügung stehen.

Leider haben viele in Braunschweig nichtmal ausreichend Wohnraum, von Aufenthalts- und Erholungsräumen ganz zu schweigen

Doch es gibt Licht am Ende des Tunnels.
Heute fassen wir den **Baulandpolitischen Grundsatzbeschluss**.

Und bevor ich noch ein paar inhaltliche Anmerkungen machen, würde ich gerne ein Lob in Richtung Stadtverwaltung aussprechen. Wir sprechen hier ja über ein komplexes, zukunftssträchtiges Thema, welches eine starke Einbindung der Politik erfordert. Eine erste Vorstellung des Grundsatzbeschlusses erfolgte im Dezember, in einer Sitzung des BfW im Januar wurde er erneut vorgestellt und breit diskutiert. Jetzt, im März, fassen wir den Beschluss. Wir sind uns wohl alle einig, dass wir ausreichend Vorlaufzeit hatten, wir wurden immer wieder umfassend informiert, mMn war der Prozess wirklich vorbildlich und es versteht sich von selbst, dass wir der Vorlage zustimmen werden.

In der Sache ist der Grundsatzbeschluss wie eine Notbremse, die eigentlich schon viel früher hätte gezogen werden müssen
Wir haben viel zu lange wie selbstverständlich darauf vertraut, dass die Marktmechanismen das Gemeinwohl schon irgendwie sichern werden. Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht?

Doch leider funktioniert es nicht so. Die zunehmende Privatisierung hat dazu geführt, dass Boden und auch Wohnraum zu Spekulationsobjekten wurden. Gebaut wird und wurde nicht mehr, was den größten Nutzen für die Allgemeinheit hat, sondern womit sich am meisten Geld verdienen lässt. Diese Fehlentwicklung hat **weitreichende Konsequenzen** und das nicht nur auf die Mietpreise. Exzessive Flächenversiegelung, wachsende Verkehrsbelastung und enorme Energie- und Ressourcenverbräuche. Bauen für wenige auf dem Rücken vieler.

Boden ist wie Wasser eine **lebensnotwendige Ressource**. Wer sie kontrolliert, hat Macht über die, die darauf angewiesen sind. Und in einer Demokratie hat die Macht selbstbestimmt in der Hand der Gemeinschaft zu liegen. Niemand, der wirklich im Interesse der Menschen handelt, käme auf die Idee, Wasser zu privatisieren - wieso dann Boden?

Andere Kommunen machen es vor: Nachhaltiger Städtebau geht nur mit besseren Konzepten und natürlich mit größeren öffentlichen Steuerungsmöglichkeiten. Glücklicherweise scheint diese Erkenntnis auch in Braunschweig angekommen zu sein.

Natürlich ist mir bewusst, dass es hier und heute um einen Grundsatzbeschluss geht, in dem, das liegt in der Natur der Sache, noch nicht alle einzelnen Ziele und Instrumente abschließend geklärt werden können.

Doch eine Sache würde ich für meine Fraktion doch gerne klarstellen:

Wir erwarten, dass die Stadt eine **aktive Flächenpolitik** betreibt, die darauf ausgerichtet ist, öffentliches Eigentum an Flächen auszuweiten und zu stärken. Es darf nicht Ziel sein, Flächen anzukaufen, um diese wieder an Private weiterzuverkaufen.

Wir erwarten, dass neue Konzepte entwickelt werden, wie nachhaltiger Städtebau auf öffentlichen Flächen betrieben werden kann.

Eine vielversprechende Möglichkeit hierfür ist das Instrument des **Erbbaurechts**, welches in anderen Kommunen, zB in Wolfsburg, bereits länger erfolgreich angewandt wird.

Nur durch öffentliches Eigentum an Flächen können diese langfristig dem Markt entzogen werden und dieser dadurch beruhigt werden. Die Explosion der Bodenpreise droht zu einem der größten Hindernisse für eine soziale, nachhaltige Stadtentwicklung zu werden. Und gleichzeitig wird es eine unserer größten politischen Aufgaben, Antworten auf dieses Problem zu finden.

Ich kann also versprechen, dass dieser Grundsatzbeschluss erst der Beginn der Arbeit ist, nicht das Ende.

Vielen Dank.